

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE VON
DECOLONIZE BERLIN E.V. UND
RAA BERLIN**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025–2034) im Berliner Koalitionsvertrag verbindlich zu verankern? Unterstützen Sie die Einrichtung einer Beauftragtenstelle für anti-Schwarzen Rassismus, und welchen Auftrag soll sie erhalten?

Antwort:

Wir stellen uns als CDU Berlin entschieden gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus. Den fortlaufenden Aufbau weiterer öffentlich finanzierter Sonderstrukturen für einzelne Gruppen, wie etwa eine spezifische Beauftragtenstelle für anti-Schwarzen Rassismus, lehnen wir jedoch ab. Wir setzen stattdessen auf den Abbau von Doppelstrukturen und wollen bestehende Institutionen wie den Petitionsausschuss stärken, um Anliegen effizient und für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zu bearbeiten.

Werden Sie sich für die langfristige Finanzierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Clearingstellen einsetzen, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz sicherzustellen?

Antwort:

Für uns gehören Humanität und Ordnung zusammen. Eine medizinische Notfallversorgung ist selbstverständlich ein Grundrecht. Den dauerhaften Ausbau von Parallelstrukturen sehen wir jedoch kritisch. Unser Fokus liegt darauf, Aufenthaltsstatus zügig zu klären, Menschen in die regulären Systeme zu integrieren oder, falls kein Aufenthaltsrecht besteht, die Ausreisepflicht konsequent durchzusetzen.

Welche verbindlichen Maßnahmen wird Ihre Partei zur Bekämpfung strukturellen Rassismus und zur Dekolonisierung von Staat und Institutionen umsetzen, insbesondere zu Racial Profiling, Anti-Rassismus-Trainings und nachhaltiger Finanzierung?

Antwort:

Wir weisen pauschale Vorwürfe des strukturellen Rassismus oder des "Racial Profiling" gegen unsere staatlichen Institutionen und insbesondere unsere Polizei entschieden zurück. Unsere Sicherheitskräfte leisten hervorragende Arbeit. Wir setzen auf eine exzellente fachliche Ausbildung, interkulturelle Kompetenz und moderne Ausstattung wie Bodycams, um eine transparente Polizeiarbeit zu gewährleisten. Eine "Dekolonisierung" des Staates im ideologischen Sinne streben wir nicht an.

Wie wollen Sie das Berliner Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ umsetzen und zentrale wie dezentrale Erinnerungsorte dauerhaft sichern? Unterstützen Sie eine landesfinanzierte Bürgerstiftung als Trägerin des Konzepts?

Antwort:

Die kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit ist wichtig. Wir unterstützen eine wissenschaftlich fundierte Herangehensweise durch unsere etablierten Museen und Kultureinrichtungen. Die Schaffung einer neuen, landesfinanzierten Bürgerstiftung als Trägerin sehen wir jedoch kritisch. Wir bevorzugen es, bestehende und bewährte Institutionen zu stärken, anstatt neue Doppelstrukturen zu schaffen.

In Berlin befinden sich rund 10.000 menschliche Gebeine aus kolonialen Kontexten. Welche Schritte werden Sie – auch in der KSL – unternehmen, um Provenienzforschung und die Rückgabe der Ancestors nachhaltig zu finanzieren und zu unterstützen?

Antwort:

Der würdevolle Umgang mit menschlichen Gebeinen aus kolonialen Kontexten ist uns wichtig. Wir unterstützen Provenienzforschung, die in den Berliner Museen und durch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz geleistet wird. Wir vertrauen hierbei auf die exzellente und professionelle Arbeit unserer etablierten Kultureinrichtungen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass von Kolonialismus und Rassismus betroffene Communitys sowie zivilgesellschaftliche Initiativen dauerhaft an erinnerungspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden?

Antwort:

Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft. Wir begrüßen den Dialog mit Initiativen und betroffenen Communitys in der Erinnerungspolitik.

Werden Sie sich für eine unabhängige und weisungsungebundene Informations- und Beschwerdestelle für Kitas und Schulen nach den Empfehlungen von BeNeDiSK einsetzen, um wirksame Anlaufstellen bei Diskriminierung zu schaffen?

Antwort:

Wie bereits erwähnt, stellen wir uns entschieden gegen jede Form von Diskriminierung. Dennoch lehnen wir den fortlaufenden Aufbau weiterer öffentlich finanzierter Sonderstrukturen entschieden ab. So unterstützen wir auch die Einrichtung einer neuen, unabhängigen Beschwerdestelle für Kitas und Schulen nicht. Wir setzen stattdessen darauf, bestehende Strukturen wie die Schulaufsicht und den Petitionsausschuss zu nutzen und Doppelstrukturen mit der Landesantidiskriminierungsstelle abzubauen.

Wie stellen Sie sicher, dass rassismuskritische und diversitätsorientierte Inhalte verbindlicher Bestandteil der Lehrkräfteausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften werden?

Antwort:

Wir erwarten von allen Lehrkräften ein klares Bekenntnis zu unserem Land und seinen Werten, wozu die strikte Ablehnung jeder Form von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus gehört. In der Aus- und Weiterbildung wollen wir den Fokus auf Themen wie Eigenverantwortung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Religionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit legen. Diese demokratische Grundbildung ist für uns zentraler als die Einführung spezifisch ideologisch geprägter Pflichtmodule.

Werden Sie sich für verbindliche Antidiskriminierungsstrategien in allen Berliner Kultureinrichtungen einsetzen? Wie wollen Sie Diversitätsdaten, unabhängige Beschwerdestellen und diskriminierungsfreie Förderbedingungen konkret umsetzen?

Antwort:

Kultur ist das Lebenselixier Berlins, und wir wollen die Qualität, Vielfalt und Anziehungskraft unserer Kulturmetropole erhalten. Diskriminierung hat selbstverständlich auch in der Kultur keinen Platz. Wir lehnen jedoch bürokratische Auflagen wie die verpflichtende Erhebung von Diversitätsdaten oder die Schaffung neuer unabhängiger Beschwerdestellen in Kultureinrichtungen ab. Kunstfreiheit und künstlerische Qualität müssen das primäre Kriterium für Förderbedingungen bleiben.

Werden Sie sich für den Ausbau und die langfristige Förderung von Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden auf Landes- und Bezirksebene einsetzen? Wenn ja, wie?

Antwort:

Internationale Partnerschaften sind für eine Weltmetropole wie Berlin wichtig. Wir unterstützen Städtepartnerschaften, die auf gemeinsamen Werten, gegenseitigem Respekt und praktischer Zusammenarbeit basieren.